

in konkreter Auseinandersetzung mit Auffassungen westdeutscher Wissenschaftler wie Laun (Hamburg), Künneth (Erlangen), Siegmund (Fulda) zu ergänzen. Ferner befaßte er sich in diesem Zusammenhang mit den von Grewe und Scheuner gegen den Friedensvertragsentwurf gerichteten Angriffen, die teils auf Schaffung einer Irredenta — besonders in Polen und der CSSR —, teils unmittelbar auf die „konstruktive“ Revision des Potsdamer Abkommens² abzielen. Er legte dar, daß das — eingeständenermaßen ohne jede Grundlage im geltenden Völkerrecht — proklamierte „Recht auf Heimat“ juristisch nichts anderes ist als die Behauptung eines Freizügigkeitsrechts deutscher Staatsbürger auf fremdem Staatsgebiet, also in Mißachtung der Souveränität des Staates, um dessen Gebiet es sich handelt, soweit unter dem Deckwort „Recht auf Heimat“ nicht einfach unmittelbar Annexionsforderungen geltend gemacht werden. Ein „Recht auf Heimat“ kann man nach der Logik aller von der gleichberechtigten Souveränität und friedlichen Zusammenarbeit der Staaten ausgehenden Menschen aber natürlich nur in der eigenen Heimat haben, d. h. juristisch gesprochen innerhalb der Grenzen des Staates, dessen Bürger man ist. Es handelt sich also um ein Problem des nationalen, nicht des internationalen Rechts.

Wer einen Freizügigkeitsanspruch gegen andere Staaten richtet, ist notwendigerweise Intervent und bereitet der Aggression den Weg, selbst wenn er sie nicht unmittelbar fordert. Eine derartige Aggressionspropaganda aber ist ein Verbrechen gegen den Frieden im Sinne des in Artikel 6 a des Statuts des Internationalen Militärtribunals von 1945 erstmals normierten, seitdem zum Bestandteil des Völkerrechts gewordenen Tatbestandes des Verbrechens gegen den Frieden.

Das Hauptergebnis dieses Konferenztages spiegelte sich in folgenden Feststellungen des Abschlußkommuniqués der Konferenz wider:

Die vom Antikommunismus durchdrungene amerikanische „Politik der Stärke“ gegen die sozialistischen Länder, die nationale Befreiungsbewegung und Arbeiterbewegung ist ein Hindernis auf dem Wege zur friedlicheren Koexistenz, zur Minderung der internationalen Spannungen und der Beseitigung des „kalten Krieges“. Die imperialistischen Kreise der USA tragen sich mit dem reaktionären und irrealen Gedanken, mit Hilfe der westdeutschen Revanchisten die sozialistischen Staaten Europas zu „befreien“ und in ihnen die Macht der Imperialisten zu errichten. Die herrschenden Kreise Englands, Frankreichs und andere Mitglieder des Nordatlantikblocks ignorieren die geschichtlichen Erfahrungen und unterstützen diesen Kurs. Der westdeutsche Militarismus benutzt die NATO in seinem Interesse, um die Erreichung seiner eigenen revanchistischen Ziele zu versuchen.

Die Konferenzmaterialien legen in überzeugender Weise Zeugnis davon ab, daß die revanchistische Politik Westdeutschlands in erster Linie gegen die sozialistischen Länder gerichtet ist. Der Beweis dafür sind die zahlreichen Provokationen der Revanchisten, die voll und ganz von der Bundesregierung unterstützt werden.

Mit dem Thema des dritten Konferenztages: „Die Bedeutung der Abrüstung für die Garantie der Sicherheit in Europa“ wandte sich die Konferenz der Frage der Überwindung des gefährlichen Atomkriegskurses des westdeutschen NATO-Staates zu. In seinem Referat orientierte Prof. D l u s k i, Mitglied des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei und Direktor des Polnischen Instituts für internationale Beziehungen, auf der Grundlage der in den Vortagen gewonnenen Analysen die weitere Debatte auf das Prinzip der kollektiven Sicherheit als den Hebel zur Sicherung des unteilbaren Friedens in Europa. Er legte dar, daß gerade in Europa der kleinste Konflikt den atomaren Weltkonflikt hervorrufen könnte. Dem west-

deutschen Militarismus als dem vorgeschobensten Punkt der antisowjetischen Front des Weltimperialismus müsse man mit dem System der kollektiven Sicherheit präventiv begegnen durch die allgemeine, vollständige, kontrollierte Abrüstung, die eine friedliche Lösung der internationalen Streitfragen ermöglichen werde.

Dlusi zeichnete das internationale Panorama der Sabotagepolitik der Westmächte gegenüber den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen und unterstrich die Bereitschaft der Sowjetunion, jeden Kontrollvorschlag anzunehmen, wenn die andere Seite die totale Abrüstung akzeptiere. Nachdrücklich betonte er die Notwendigkeit der Ausschaltung der sog. kleinen Kriege und setzte sich für die Entspannungspropaganda ein, für solche Maßnahmen wie den Verzicht auf weitere Rekrutenbasen auf fremdem Boden, den Atomwaffenstopp und die Einstellung der Kernwaffenversuche als Sofortmaßnahmen. Zugleich verwies er darauf, daß der polnische Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa unter Einschluß der beiden deutschen Staaten sich auch auf die konventionellen Waffen beziehe und daß die Vorschläge zur Schaffung entsprechender Zonen in anderen Teilen Europas, z. B. auf dem Balkan, jede Unterstützung verdienen. Erwartungsgemäß habe sich gezeigt, daß der Weg der sog. Rüstungsbeschränkungen und Kontrollen des deutschen Imperialismus durch seine NATO-Verbündeten illusorisch ist.

M e l n i k o w, wissenschaftlicher Mitarbeiter des IMEMO, schloß sich mit Ausführungen über Westdeutschland und die NATO, die er einen „Block der Feinde“ aus der Zeit des zweiten Weltkrieges nannte, an. Er wies konkret die Ausnutzung der NATO durch die deutschen Militaristen für ihre eigenen revanchistischen Pläne und als Handelsobjekt gegenüber den Westmächten nach. Trotz der Fortschritte der Bestrebungen der deutschen Imperialisten, in der NATO die erste Geige zu spielen, müsse — wie nachgewiesen wurde — der westdeutsche Militarismus auch heute noch vor der amerikanischen NATO-Führung kriechen. Freilich sei es die Logik seiner Entfaltung, alle Länder beiseite zu schieben, die ihm im Weg stehen. Dieser Tendenz diene das Bestreben Westdeutschlands, Atomwaffen für die Bundeswehr (mit oder ohne NATO-Maske) zu erhalten, auf das alle diplomatischen Aktionen Bonn konzentriert seien.

Prof. S p i r u, Direktor des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien an der Karl-Marx-Universität Leipzig, analysierte an Hand eines umfangreichen Materials die Arbeit der 92 „Ostforschungsinstitute“ Westdeutschlands, sowohl soweit diese „Forschung“ weiträumig betrieben werde, wie auch soweit sie sich auf kleinere Räume, z. B. „Ostmitteleuropa“, begrenze. Gerade die „Ost-Mitteleuropa-Forschung“ trete neuerdings immer mehr hervor. Sie repräsentiere eine bestimmte Etappe im Programm des westdeutschen Revanchismus, die sich aus ihrem bewußt ungenau umschriebenen Gegenstand ablesen lasse, der aber jedenfalls die DDR, Polen und die CSSR umschließe. Spiru bewies, daß die „Ostforschung“ ein Bestandteil des Diktaturmechanismus des Bonner Staates ist, und betonte dabei das immer stärkere Hervortreten pseudojuristischer Argumentationen, wie z. B. der völkerrechtlicher Raschhofer und Rabl. Insbesondere befaßte er sich mit den supranationalen Tarnungsformen des Vorrherrschaftsstrebens der westdeutschen Imperialisten durch die Propagierung eines gesamteuropäischen Föderalismus, den er als Einsperrung des Selbstbestimmungsprinzips in imperialistisch beherrschte „föderalistische Unionen“ kennzeichnete, als die im Grunde neokolonialistische Idee der „friedlichen Partnerschaft“ der deutschen „Herrenmenschen“ mit den von ihnen zu „befreienden“ Völkern Ost- und Südosteuropas.

Prof. R a d o j n o v (Rechtsinstitut der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften) befaßte sich speziell mit

² vgl. „Rheinischer Merkur“ vom 12. Mai 1961.